

MITTWOCHSKOLUMNE

Wenn Ende des 19. Jahrhunderts ein weltberühmter Franzose gewusst hätte, mit welchen Diskussionen und Problemen europäische Politiker heute beschäftigt sind – er hätte damals wahrscheinlich den Text seiner „Olympischen Charta“ um einen wichtigen Punkt ergänzt. „Die Organisation der Olympischen Spiele darf nicht Staaten mit autoritären Regimen überlassen werden“, hätte Pierre de Coubertin, der Olympia-Pionier der Neuzeit, mit roten Buchstaben in sein berühmtes Manifest schreiben können.

Doch er tat es nicht, und der Gedanke klingt auch komisch, wenn man sich heute daran erinnert, in welcher Zeit Olympia sein zweites Leben bekam. Eines der Hauptziele der Wiederbelebung der antiken Olympischen Spiele war laut Coubertin die Überwindung nationaler Egoismen. Während der altgriechischen Spiele hatte man alle Kriege ruhen lassen. Deshalb wollte auch Baron de Coubertin von vornherein

nur Sport, keine Politik. Ein klarer Standpunkt, der keiner Präzisierung bedarf. Unter anderen Vorzeichen hätten zum Beispiel die Spiele in Berlin 1936 und in Moskau 1980 nie stattgefunden.

Die Aufrufe zum Boykott der Olympischen Spiele in Peking, die heute von einigen europäischen Spitzenpolitikern zu hören sind, klingen fast kindlich naiv. Nach dem Prinzip: Peter lernt schlecht, deshalb komme ich nicht zu seiner Geburtstagsparty... Manche Redner fordern zwar keinen Boykott, appellieren aber an das Internationale Olympische Komitee, politische Aktivitäten der Sportler während der Spiele zu erlauben. Dabei verbietet die IOC-Charta bekanntlich die Demonstration politischer Ansichten.

Für mich riechen all diese Forderungen nach Heuchelei, Populismus und politischem Unvermögen. Heuchlerisch ist es, wenn westliche Staaten zwar kompromisslose Appelle an China richten, selbst aber enge Kontakte zum Bei-

Von außen betrachtet



Andrey Kobayakov

Die Olympiade der Heuchler

Der russische Journalist Andrey Kobayakov (46) arbeitet für die Internet-Redaktion der „Deutschen Welle“ und lebt in Bonn.

spiel mit Usbekistan (Nato-Militärbasen) und Turkmenistan (Wirtschaft) pflegen. Geradezu lächerlich wirkt die China-kritische Initiative des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der gleich-

zeitig seine „nukleare Freundschaft“ zu dem libyschen Staatschef Muammar Gaddafi beschwört.

Die Forderungen nach einem Boykott der Olympischen Spiele sind ohne Zwei-

fel populistisch. Denn es ist absehbar, dass nicht alle Länder diesem Aufruf folgen würden. Durch den Versuch, den Hochleistungssport politisch zu instrumentalisieren, wollen sich Parteipolitiker nun öffentlich hervortun und sich als eifrige Menschenrechtsvertechter zeigen. Nein zu sagen und sich abzuwenden ist immer leichter, als komplizierte Situationen zu beherrschen und nach Auswegen zu suchen. Wenn die Politik schon meint, im Sport mitmischen zu müssen, dann wäre es sinnvoller, die Herausforderung anzunehmen und die olympischen Nationalteams als Botschafter des Friedens zu betrachten. Boykotteure stellen sich selbst ein Zeugnis für politisches Unvermögen aus.

Nach einer Emnid-Umfrage sind bereits 20 Prozent der Deutschen eindeutig gegen eine Beteiligung ihrer Mannschaft an den Olympischen Spielen in China. Gott sei Dank: In der Bundesregierung und im Deutschen Olympischen Sportbund do-

minieren nüchterne Stimmen. Leider aber redet bis heute niemand den Sportlern und den Sportvereinen das Wort. Dabei sind sie die Hauptakteure der Olympischen Spiele.

Wer von boykottierenden deutschen Politikern und Befragten weiß denn überhaupt, was eine olympische Medaille kostet, welchen Preis die Sportler für ihre Teilnahme an Olympia zahlen? Nein, es geht nicht um Geld. Es geht um Schweiß und Tränen, um Lebensplanungen, um die unglaublich komplizierten Berechnungen von Trainingsprozessen. Und es geht letztlich auch um menschliche Schicksale, bei einigen um eine letzte Chance.

Nicht die „Olympische Charta“ bedarf einer Korrektur, sondern die olympische Devise. „Citius, Altius, Fortius“ (zu deutsch: schneller, höher, stärker) sollte um ein Wort ergänzt werden: „Protectus“ – beschützt. Die Olympioniken müssen geschützt werden vor den Amateuren aus der Politik.

BOULEVARD BERLIN

„S'Lebbe iss doch wie's iss“, hat Kurt Beck gesagt und mitten auf einem Marktplatz einen arbeitslosen jungen Mann aufgefordert, sich zu rasieren – dann klappte es auch wieder mit einem Job. Das war 2006. Henrico Frank befolgte den Ratschlag und hat mittlerweile sogar wieder Arbeit. Dafür muss jetzt SPD-Chef Beck um sein Amt bangen. Katastrophale Umfragewerte, abtrünnige Mitglieder, rebellierende Funktionäre – es sieht nicht gut aus für den Pfälzer. Schon melden sich in der Fachpresse sogenannte Stylisten zu Wort, die Beck dringend empfehlen, sein Äußeres zu verändern. Man ahnt es: Der Bart soll weg... „Menschen wollen bei Politikern klare Gesichter, die nicht unter einem Bart versteckt werden“, sagt der Stilberater Armin Morbach. Vielleicht sollte Beck mal bei Rudolf Schärping nachfragen: Der hatte sich seine Gesichtshaarpracht 1996 abrasieren lassen, nachdem der damalige Kanzler Helmut Kohl ihn bei der Wahl geschlagen hatte. Kohls Motto: „Politik ohne Bart“.

Diesem christdemokratischen Grundsatz ist bisher auch CDU-Vize Christian Wulff treu geblieben. In den Osterferien aber musste der niedersächsische Ministerpräsident eine verlorene Wette einlösen und sich einen Bart wachsen lassen. Wulff hatte gewettet, die Beteiligung bei der Landtagswahl im Januar 2008 werde mindestens so hoch sein wie bei der Wahl 2003. Tatsächlich war sie aber zehn Prozent niedriger als vor fünf Jahren. Wulff nutzte seine Flitterwochen in der Toskana, um die Stoppeln sprießen zu lassen. Am Montag präsentierte er das Ergebnis seinem Wettpartner und rasierte sich sofort danach. Seine neue Frau, die 34-jährige Bettina Körner, sei „heilfroh“, dass der Bart wieder ab sei.

Das Datum
2. April 1792: In den USA wird der Dollar als Hauptwährung eingeführt.
2. April 1810: Napoleon Bonaparte heiratet die österreichische Kaiserin Marie Louise.
2. April 1982: Argentinien besetzt die zu Großbritannien gehörenden Falkland-Inseln.

Ein Hamburger Computer-Club hat einen Fingerabdruck von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble veröffentlicht, um gegen die Datensammelwut der deutschen Sicherheitsbehörden zu protestieren. Offenbar hatten sich die Kritiker den Abdruck von einem Glas besorgt, das Schäuble in der Hand gehalten hatte. Der Abdruck ist im Internet zu bewundern (www.ccc.de). Die Computer-Experten zeigen auf ihrer Seite auch, wie einfach sich aus einem fremden Abdruck eine Attrappe herstellen lässt, um zum Beispiel Behörden zu täuschen. Schäuble bleibt gelassen: „Meinen Fingerabdruck kann jeder haben, ich habe nichts zu befürchten.“ Das Innenministerium ist noch immer damit beschäftigt, die Echtheit des gestohlenen Abdrucks zu überprüfen. Mit einem Ergebnis wird noch diese Woche gerechnet. Jede Polizeidienststelle hätte die Frage wohl binnen zehn Minuten geklärt.
Holger Eichele

CSU IN DER KRISE

Seehofer meldet sich zurück

Es klingt wie eine Kampfansage: CSU-Vize Horst Seehofer kritisiert offen den Kurs der neuen Parteispitze und fordert eine „Zukunftsperspektive“.

VON HOLGER EICHELE UND CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER

Berlin/München – Die Wahl ist wohlwollend, fast freundschaftlich. Doch in den Ohren von CSU-Chef Erwin Huber dürfte es wie eine Kampfansage klingen, was sein Rivale Horst Seehofer den Journalisten dieser Tage in die Blöcke diktiert. Nach einer längeren Interview-Pause geht der CSU-Vize nun in die Offensive: Er vermisst

„Generalbotschaften“ aus der Parteispitze, es fehle die „große Linie“, eine „Zukunftsperspektive“.

„Wir dürfen nicht den Eindruck wecken, als bestünde der Kern unserer Politik in der Korrektur der Vergangenheit – von den Veränderungen beim Büchergeld über die Pendlerspauschale und das Rauchverbot bis zum Gesundheitsfonds. Mit der Reparatur der Vergangenheit lösen Sie bei den Wählern keine Begeisterung aus“, so Seehofer in einem Interview mit der „Welt“. Im Gespräch mit unserer Zeitung forderte der Bundesminister eine „Bildungs- und Mittelstandsoffensive“ noch vor der Landtagswahl im Herbst 2008. Bayern habe hervorragende Standards im Bildungsbereich: „Das muss offensiver kommuniziert wer-

den, wir brauchen uns da nicht zu verstecken.“

Seine „Anmerkungen“ will Seehofer ausdrücklich nicht als Kritik an CSU-Chef Huber oder Ministerpräsident Günther Beckstein verstanden wissen. Beide arbeiteten erfolgreich zusammen, betont der Vize, „da habe ich nichts zu mäkeln“. Auch die Kommunikation funktioniere: „Die großen Themen werden wirklich gut abgestimmt.“

Einen Seitenhieb auf Huber aber kann sich der Vize nicht verkneifen: Er wundert sich schon, sagt Seehofer, dass nach der Schlappe bei der Kommunalwahl plötzlich die bundespolitische Bedeutung der CSU so wichtig erscheine. „Zuvor hieß es, bei der Kommunal- und Landtagswahl komme es darauf an, dass der Parteivorsitzende

eben nicht in Berlin sitzt, sondern vor Ort in Bayern.“ Huber hatte sich im Wettstreit um den CSU-Vorsitz im Herbst 2007 klar gegen Seehofer durchgesetzt und angekündigt, er wolle bis zur Bundestagswahl 2009 in Bayern bleiben und erst dann nach Berlin wechseln.

In der CSU-Spitze gilt es als sicher, dass Seehofer sich im Falle von Hubers Scheitern erneut um den Parteivorsitz bewerben würde. Längst kursieren in München Szenarien, Seehofer könnte nach einem Wahldesaster im Herbst auch neuer Regierungschef werden. Dies aber hätte die Landtagsfraktion zu entscheiden, wo Seehofers Anhänger deutlich in der Minderzahl sind. Der Chef der Landtagsfraktion, Georg Schmid, hat seine CSU-Abgeordneten angeblich mit dem Hinweis zur Ruhe ermahnt: „Sonst kommt der Seehofer – wenn ihr den lieber wollt...“

Gestern rief Schmid die CSU erneut zur Geschlossenheit auf. Die Kritik an Huber und Beckstein müsse ein Ende haben, die Partei sich wieder „auf Sachthemen konzentrieren“. Schmid attackierte neben Seehofer auch Europaminister Markus Söder. Seehofers Vorschläge enthielten nichts Neues, monierte Schmid und fügte mit Blick auf Söder hinzu: „Viele reden an Stellen, wo sie nicht sollten.“ Der Minister hatte in einem Gastbeitrag für unsere Zeitung die CSU davor gewarnt, „dem Zeitgeist hinterherzulaufen oder Entscheidungen aus einer Emotion heraus zu treffen“.



Betet „ganz sicher nicht mit Blick auf die CSU oder die CDU“: CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. FOTO: DDP

CDU sorgt sich um die kleine Schwester

Berlin – In der CDU wächst die Sorge um den Zustand der CSU. Intern äußerten sich führende Unionspolitiker besorgt über die Führungskrise in Bayern. In der CDU wird befürchtet, die CSU könne aus Angst vor Einbußen bei der Landtagswahl im Herbst bewusst Konflikte innerhalb der Großen Koalition riskieren, etwa im Streit um den Gesundheitsfonds, ein Prestige-Projekt von Bundeskanzlerin Merkel. Die CDU-Vorsitzende signalisierte, sie wolle der CSU inhaltlich entgegenkommen. Auch will Merkel die CSU durch Wahlkampfauftritte unterstützen.

CDU-Generalsekretär Pofalla sagte in Berlin, er mache sich „keine allzu großen Sorgen“ um die CSU. „Ich bete, aber ganz sicher nicht mit Blick auf CSU oder CDU“, so Pofalla. Er bezog sich damit auf eine Äußerung des CDU-Politikers Georg Brunnhuber, der erklärt hatte: „Wir beten jeden Tag, dass die CSU so schnell wie möglich wieder zu

ihrer alten Stärke findet.“ Pofalla kündigte an, die CSU werde die CSU „mit unseren Möglichkeiten unterstützen“.

Nach Informationen unserer Zeitung wollen CDU und CSU bei einer gemeinsamen Präsidiumssitzung am 9. Juni in Bayern den künftigen Kurs abstecken. Nach CSU-Angaben wollen Parteichef Huber und die CDU-Chefin Merkel bei dem Treffen in Erding über die „langfristige Strategie für das Wahljahr 2009“ beraten. Im Mittelpunkt soll die Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen. Huber will noch im Mai ein eigenständiges Steuerkonzept präsentieren, das vor allem für kleine und mittlere Einkommen Steuererleichterungen vorsieht. Die CDU hingegen möchte ihr Konzept erst im Wahljahr vorstellen. Wie beide Entwürfe miteinander in Einklang gebracht werden können, ist noch unklar. CDU und CSU beabsichtigen jedoch, erneut mit einem gemeinsamen Programm in den Wahlkampf zu ziehen. hle



Zugriff: Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein (links), CSU-Chef Erwin Huber (rechts) und in der Mitte beider Rivale, CSU-Vize Horst Seehofer. FOTO: AP

AFGHANISTAN

Verletzte Soldaten aus Koma erwacht

Berlin – Die beiden bei einem Anschlag in Afghanistan schwer verletzten Soldaten sind aus dem künstlichen Koma erwacht. Sie befinden sich auf dem Weg der Besserung, sagte ein Sprecher des Sanitätsführungskommandos in Koblenz. Verteidigungsminister Jung besuchte die Männer im Bundeswehrzentraltraumatenhaus in Koblenz. Die Soldaten waren in der Nacht zum vergangenen Donnerstag bei einer Patrouille mit einem Panzerwagen im nördlichen Afghanistan in eine Sprengfalle gefahren. Für den Rücktransport nach Deutschland waren sie in ein künstliches Koma versetzt worden. dpa

WITWENRENTE

EU stärkt Homo-Paare

Keine Benachteiligung wegen sexueller Ausrichtung

Brüssel – Der Europäische Gerichtshof hat die Stellung eines Homosexuellen aus Bayern im Rechtsstreit um eine Witwenrente gestärkt. Die obersten EU-Richter entschieden in Luxemburg, dass der Mann unter Umständen wegen seiner sexuellen Ausrichtung benachteiligt werde. Die Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen (VdB) hatte dem Lebenspartner eines Kostümbildners nach dessen Tod eine Unterstützung verweigert, weil solche Zahlungen laut Satzung nur für Ehepartner vorgesehen seien. Diese Begründung stellt laut Gericht eine unmittelbare Diskriminierung des Betroffe-

nen dar, falls sich überlebende Ehegatten und überlebende Lebenspartner in Bezug auf die Versorgung in einer vergleichbaren Lage befinden. Das Bayerische Verwaltungsgericht in München müsse nun prüfen, ob das der Fall sei.

Die EU-Richter hatten die europäische Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf herangezogen. Diese Richtlinie gelte zwar nicht für die Sozialversicherung und die Sozialsysteme. Die VdB-Hinterbliebenenversorgung entspringe aber dem Arbeitsverhältnis des Verstorbenen. Sie entspreche deshalb einem Arbeitsentgelt im Sinne der Richtlinie. dpa

US-WAHLKAMPF

Hillary Clinton in Geldnöten

Washington – Die demokratische US-Präsidentenwahlkandidatin Hillary Clinton steckt nach Medienberichten in schweren Wahlkampf-Geldnöten. Aus Unterlagen der Bundeswahlkommission geht hervor, dass sie Ende Februar Schulden in Höhe von 8,7 Millionen Dollar hatte. Ein ganzer Berg an Rechnungen sei unbezahlt geblieben, meldete beispielsweise die „Chicago Tribune“. So sei das Clinton-Lager Millionen Dollar an Saal-Mieten und anderen Aufwendungen für Veranstaltungen schuldig geblieben. Insgesamt gebe es etwa 700 verschuldete Stellen, denen Geld geschuldet werde. dpa

NPD-VERBOT

Ärger über Verzögerung Unionspolitiker sind skeptisch – Knobloch kritisiert

Berlin – Verzögerungen bei der Prüfung eines neuen Verbotverfahrens gegen die rechtsextremistische NPD sind auf Kritik gestoßen. Unverständnis äußerten der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Deutsch-Israelische Gesellschaft und der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU). Weiterhin skeptisch sind dagegen Vertreter der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Die Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, sagte zu der Verzögerung: „Ich habe kein Verständnis für diese Handhabung.“

Caffier erklärte, er halte ein neues Verbotverfahren auf Grundlage öffentlich zugänglichen Materials für aussichtsreich. Die Landesregierung hatte nach seinen Angaben zuvor einstimmig einen Prüfbericht seines Ministeriums zur Verfassungsmäßigkeit der Partei gebilligt. Das erste Verbotverfahren war 2003 wegen des Einsatzes von V-Leuten in der NPD-Führung vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Unterdessen klagt die Stadt Bamberg vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof gegen den in ihrer Konzert- und Kongresshalle für Mai geplanten NPD-Bundesparteitag. dpa